



**Protokoll der 15. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 16. Januar 2013, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Herbert Vetter

Namensaufruf: 37 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderatsmitglieder Peter Hausammann, Verena Herzog und Jürg Senn

Mitanwesend: 3 Stadtratsmitglieder

Entschuldigt: Stadtratsmitglieder Elsbeth Aepli Stettler (Sitzung VTG) und Urs Müller (krank)

Gemeinderatssekretär: Jost Kuoni

- - -

Traktanden

- 79 Mitteilungen
- 80 Protokoll der Sitzung vom 7. November 2012
- 81 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Gesellschaft und Sicherheit für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015
(Nachfolge von Markus Frei, Fraktion SP/GWB/Juso)

- 82 Ersatzwahl eines Mitglieds der Fürsorgebehörde für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015
(Nachfolge von Ruth Kern-Brüschweiler, Fraktion FDP/SVP/EDU)
- 83 Interpellation "KAFF in der Innenstadt" von Gemeinderätin Lisa Landert, Stellungnahme, ev. Diskussion
- 84 Baukredit für den Umbau der Liegenschaft Rheinstrasse 8, Neunutzung durch Soziale Dienste, Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 85 Einfache Anfrage betreffend "Stellenplafonierung bei der Stadt und Optimierung der Verwaltungsorganisation" von Gemeinderat Fredi Marty
- 86 Einfache Anfrage betreffend "Kommunikation und Information Stadtentwicklung" von Gemeinderat Fredi Marty
- 87 Einfache Anfrage betreffend "Perimeterordnung" von Gemeinderat Urs Herzog

- - -

Gemeinderatpräsident Herbert Vetter: "Ich begrüsse Sie ganz herzlich zu unserer ersten Sitzung im neuen Jahr und hoffe, dass Sie sich über die Festtage etwas erholen konnten, um wieder mit vollem Elan politisieren zu können. Was meine Erholung nach dem ersten halben Präsidiumsjaar betrifft, kann ich Ihnen mitteilen, dass ich mich während meiner Ferien nicht gerade - wie letzten Freitag an der Jungbürgerfeier gehört - zum 'Hochleistungs-Chiller' entwickelt habe, mich aber trotzdem gut erholen konnte. Das zweite Halbjahr als Gemeinderatspräsident oder wie ich heute in der Frauenfelder Woche auch genannt wurde, nämlich Gemeindepräsident, kann ich somit gestärkt antreten und freue mich auf weitere spannende Begegnungen.

Ich freue mich auch, heute in unserem Kreis drei neue Ratsmitglieder zu Ihrer ersten Sitzung begrüssen zu dürfen. Herzlich willkommen, Gemeinderätin Monika Landert, Gemeinderat Philipp Geuggis und Gemeinderat Benjamin Stricker. Ich wünsche euch viel Erfolg bei eurem Mitwirken und freue mich auf euer Engagement in unserem Rat. An dieser Stelle möchte ich auch die Gäste - wir hatten bis anhin selten so viele Gäste - auf der Empore begrüssen.

Im Weiteren möchte ich Ihnen auch mitteilen, dass Herr Razzino von den Thurgauer Nachrichten unter uns weilt. Er hat gemäss Art. 27 des Geschäftsreglements die Bewilligung zur Berichterstattung für die heutige Sitzung erhalten."

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der **Ratspräsident** fest, dass 37 Ratsmitglieder anwesend sind. Gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements ist der Rat somit beschlussfähig, da mindestens 25 Ratmitglieder anwesend sein müssen. Das absolute Mehr liegt bei 19.

Die Ratsmitglieder haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Die Tagesordnung wird zur Diskussion gestellt. Die Diskussion wird dazu nicht gewünscht und somit gilt die Traktandenliste als stillschweigend genehmigt.

79

MITTEILUNGEN

79.1 Zustandekommen der Volksinitiative "200'000 Franken sind genug"

Die kommunale Volksinitiative "200'000 Franken sind genug" ist mit 924 gültigen Unterschriften zustande gekommen.

79.2 Voranschlag 2013

Das fakultative Referendum betreffend dem Voranschlag der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2013 ist am 14. Januar 2013 unbenützt abgelaufen.

79.3 Rücktritt und Würdigung

Auch an dieser Sitzung muss der **Ratspräsident** einen Rücktritt bekannt geben. Gemeinderätin Verena Herzog hat ihren Rücktritt per 31. Januar 2013 eingereicht. Das Nachfolgeverfahren ist durch den Stadtrat eingeleitet worden. Auch wenn Gemeinderätin Herzog an ihrer letzten Sitzung nicht anwesend ist, wird der **Ratspräsident** zuhänden des Protokolls die Gewürdigte persönlich ansprechen.

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Liebe Verena, du tratest am 1. Januar 2009 die Nachfolge von Hermann Lei an. Nach vier Jahren und einem Monat verlässt du unseren Rat wieder. Kurz nach deinem Ratseintritt hast du in der Redaktionskommission mitgewirkt. Im Weiteren warst du während der Vorbereitung in den beiden parlamentarischen Spezialkommissionen 'Vorberatung Teilrevision Gemeindeordnung und Geschäftsreglement' wie auch 'Vorberatung des Einbürgerungsreglements' engagiertes Mitglied. Wie im Rücktrittschreiben erwähnt, möchtest du dein politisches Engagement vorwiegend auf nationale Themen fokussieren und dich bestmöglich für unser Land und die Anliegen des Thurgaus und der Ostschweiz einsetzen. Dazu wünsche ich dir viel Erfolg."

79.4 Einfache Anfragen

Gemeinderat Fredi Marty hat zwei Einfache Anfragen eingereicht, die eine mit dem Titel "Kommunikation und Information Stadtentwicklung" und die andere mit dem Titel "Stellenplafonierung bei der Stadt und Optimierung der Verwaltungsorganisation".

Eine weitere Einfache Anfrage ist noch von Gemeinderat Urs Herzog eingegangen, die mit "Frage zur Perimeterordnung" betitelt ist.

Diese drei Einfachen Anfragen werden an den Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

80

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 7. NOVEMBER 2012

Beim Büro sind bis zum heutigen Zeitpunkt keine Korrekturbegehren eingegangen. Aus dem Rat liegen dazu keine Wortmeldungen vor. Somit gilt das Protokoll vom 7. November 2012 als stillschweigend genehmigt und wird dem Ratssekretär verdankt.

81

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK GESELLSCHAFT UND SICHERHEIT FÜR DEN REST DER LEGISLATURPERIODE 2011/2015

(Nachfolge von Markus Frei, Fraktion SP/GWB/Juso)

Nach Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements kann eine offene Wahl durchgeführt werden. Dagegen werden keine Einwände vorgebracht.

Namens der Fraktion SP/GWB/Juso schlägt **Gemeinderat Pascal Frey**, in Nachfolge von Gemeinderat Markus Frei, Gemeinderätin Monika Landert vor. Diese bestreitet heute ihre erste Ratssitzung. Weitere Wahlvorschläge werden nicht unterbreitet.

Ergebnis der offenen Wahl:

Gemeinderätin Monika Landert wird mit sofortiger Wirkung einstimmig, mit Enthaltung der Gewählten, für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015 zum Mitglied der GPK Gesellschaft und Sicherheit **gewählt**.

Der **Ratspräsident** gratuliert seiner Fraktionskollegin recht herzlich zur Wahl und wünscht ihr viel Erfüllung im neuen Amt.

82

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER FÜRSORGEBEHÖRDE FÜR DEN REST DER LEGISLATURPERIODE 2011/2015

(Nachfolge von Ruth Kern-Brüschweiler, Fraktion FDP/SVP/EDU)

Der **Ratspräsident** schlägt hier ebenfalls eine offene Wahl vor, wogegen keine Einwände seitens des Rats vorgebracht werden.

Der Fraktionspräsident FDP/SVP/EDU Gemeinderat Bruno Diethelm schlägt ebenfalls einen Newcomer vor, nämlich Gemeinderat Philipp Geuggis.

Es werden keine weiteren Vorschläge unterbreitet.

Ergebnis der offenen Wahl:

Gemeinderat Philipp Geuggis wird mit sofortiger Wirkung einstimmig, mit Enthaltung des Gewählten, für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015 als Mitglied der Fürsorgebehörde gewählt.

Der **Ratspräsident** gratuliert dem Gewählten recht herzlich zur Wahl.

83

INTERPELLATION "KAFF IN DER INNENSTADT" VON GEMEINDERÄTIN LISA LANDERT

Stellungnahme, eventuell Diskussion

(Interpellationstext und Begründung im Protokoll der Sitzung vom 7. November 2012, Seiten 391 bis 392; Beantwortung mit Stadtratsbeschluss Nr. 394 vom 18. Dezember 2012)

Der **Ratspräsident** teilt mit, dass gemäss Art. 42 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Gemeinderats der Zweitunterzeichner, Gemeinderat Heinrich Christ, diese Interpellation übernehmen wird, da die Interpellantin, Alt-Gemeinderätin Lisa Landert, auf Ende 2012 aus dem Rat ausgeschieden ist. Er erteilt demzufolge Gemeinderat Heinrich Christ das Wort.

Gemeinderat Heinrich Christ: "Ich möchte mich beim Stadtrat für die Antwort auf die Interpellation, die ursprünglich von Lisa Landert eingereicht wurde - sie ist heute auf der Tribüne -, bedanken. Die Antwort des Stadtrats zeigt, dass er an die Idee, die Eigeninitiative und die Zukunft des KAFFs glaubt. Für diese Einschätzung möchte ich ihm gratulieren.

Bei dieser Interpellation ging es seitens des KAFFs, nicht unbedingt darum, mehr zu fordern, sondern vor allem darum, dass die Zukunft des KAFFs auch politisch zum Thema gemacht wird. Hinter der Causa KAFF stehen ausserdem allgemeinere Fragen: Die Frage nach der Bedeutung von Kultur, die Frage wie Kultur gemeinsam zwischen privater und öffentlicher Hand organisiert werden kann und die Frage, was passiert, wenn die mitunter laute Kultur und das Bedürfnis nach Nachtruhe aufeinanderprallen. Gerne beantrage ich deshalb eine Diskussion."

Der **Ratspräsident** lässt über den Antrag von Gemeinderat Heinrich Christ um Diskussion über die vorliegende Interpellation abstimmen.

Abstimmung: Der Rat stimmt einstimmig dem Antrag von Gemeinderat Heinrich Christ betreffend Diskussion zur Interpellation "KAFF in der Innenstadt" zu.

Gemeinderat Heinrich Christ: "Kultur tut gut! Sei das auf persönlicher Ebene, wo Kultur als Katalysator der persönlichen Entwicklung wirken kann. Sie kann helfen auf neue Gedanken zu kommen, Ängste zu verarbeiten oder einfach glücklich zu sein.

Kultur tut aber auch auf einer gesellschaftlichen Ebene gut. Kultur schafft gemeinsame Erlebnisse, eine gemeinsame Identität. Kultur verbindet.

Und schliesslich tut Kultur auch auf wirtschaftlicher Ebene gut. Ein reiches kulturelles Angebot ist ein Standortfaktor und verhindert den viel besagten Braindrain. Ich verweise da auf eine der letzten Voten der jetzigen Nationalrätin Verena Herzog, die genau dieses Problem angesprochen hat.

Als sich vor rund sieben Jahren einige 'schwarze Schafe' daran machten, das 'Schwarze Schäfli' zum Kulturlokal KAFF umzufunktionieren, schenkte der Stadtrat - unter anderem der damals für die Jugend zuständige Vizestadtammann Werner Dickenmann und später unser Stadtammann Carlo Parolari als Kulturminister - einigen initiativen jungen Menschen viel Vertrauen. Die Beantwortung der Interpellation zeigt, dass dieses Vertrauen bis heute anhält. Dafür und für den Glauben an die Zukunft des KAFFs möchte ich mich, auch im Namen des KAFFs, herzlich bedanken.

Die Entwicklung des KAFFs zeigt aber auch, dass sich das Vertrauen gelohnt hat. In ehrenamtlicher Arbeit haben verschiedene Generationen engagierter junger Frauen und Männer einen über die Region hinaus geschätztes Lokal aufgebaut und betrieben! Das Programm des KAFFs hält seit Jahren ein konstant hohes Niveau. Das zeigt sich nicht zuletzt darin, dass immer wieder neue Generationen junger Erwachsener vom KAFF angesprochen werden. Vielen Dank KAFF!

Gegenseitiges Vertrauen zwischen Bürgern und Verwaltung ist nicht nur im Kulturbereich der Kitt einer funktionierenden Gemeinde. Wir können stolz sein, dass in Frauenfeld dieser Kultur des Vertrauens nachgelebt wird. Nur in einem solchen Klima kann Eigeninitiative funktionieren - das KAFF ist ein sehr gutes Beispiel dafür, was in einem wohlwollenden Umfeld aus privater Initiative heraus entstehen kann!

Kulturleben braucht allerdings nicht nur die Unterstützung der öffentlichen Verwaltung. Schlussendlich ist es eine Sache von uns allen. Kultur braucht Unterstützung von Gönnern, Nachbarn und Besuchern.

Gerade jetzt, wo die Verantwortlichen des KAFFs an einem konkreten Nachfolgeprojekt arbeiten, ist es wichtig, dass Anlieger, aber auch eine breite Öffentlichkeit dem neuen Kulturlokal positiv gegenüberstehen. Wir sind deshalb sehr froh, dass das KAFF mit der Interpellation von Lisa Landert auch politisch zum Thema wird. Ich drücke dem KAFF die Daumen, dass es gelingt ein Nachfolgeprojekt in der Innenstadt zu verwirklichen.

Warum gerade in der der Innenstadt? Ein Lokal wie das KAFF muss zwar nicht um jeden Preis in der Innenstadt sein. Es ist aber sehr wünschenswert! Weil erst kulturelles Leben, zusammen mit anderen Faktoren, aus einer rein baulichen Innenstadt ein echtes Zentrum macht. Ich glaube, wir können uns in Frauenfeld ein solches Zentrum leisten! In diesem Punkt bin ich auch nicht völlig

mit der Antwort des Stadtrats einverstanden, die auch ein KAFF ausserhalb der Innenstadt als valable Möglichkeit sieht.

Natürlich verursacht Kulturleben auch Reibungen, Kultur kostet. Gerade Kultur, wie sie das KAFF macht, verursacht auch Lärm - das ist gut so. Und gerade die Innenstädte sind davon betroffen.

Damit sind wir bei der dritten Frage, der Frage nach dem Platz der Kultur in der Innenstadt. Es ist eine Frage, die zurzeit auch in anderen Städten diskutiert wird - grösseren und kleineren - und die neben dem KAFF auch andere Lokale betrifft, zum Beispiel das 'Dreiegg', das 'Peggy O'Neils' unten an der Murg, das Eisenwerk und andere.

Der Stadtrat verweist hier etwas kursorisch auf zukünftige Planungen. Für mich stellt sich allerdings jetzt schon die Frage, wie wir mit dem Spannungsfeld zwischen Nachtruhe und einem aktiven kulturellen, nicht nur Tag-, sondern auch Nachtleben, umgehen wollen. Es ist an der Zeit, hier einen Ausgleich zu finden, der nicht nur das Wohl der Schlafenden, sondern auch die Neugier der Wachen befriedigt. Der Gegensatz zwischen wohltuender Ruhe und belebender kultureller Unruhe ist nicht ohne weiteres aufzulösen. Eine Stadt wie Frauenfeld ist aber kräftig genug, ihn auszuhalten und immer wieder neu und sinnvoll zu verhandeln.

In diesem Sinne verstehe ich die Beantwortung der Interpellation als ein Zeichen, dass die Stadt einen kulturpolitischen Weg mit viel Bereicherung, aber auch den notwendigen Reibungen gehen möchte. Besten Dank."

Gemeinderat Mathias Frei: "Die Fraktion SP/GWB/Juso zeigt sich zufrieden gestellt durch die Interpellationsantwort des Stadtrats. Lassen Sie mich gleichwohl einige Worte zum KAFF verlieren.

Meine Damen und Herren, das Kulturlokal KAFF stellt für die Stadt Frauenfeld seit geraumer Zeit einen grossen Mehrwert im Bereich des alternativen Kulturangebots dar. Und das sage ich nicht nur, weil ich selber während vier Jahren in der Programmierung und als Sekretär mitgewirkt habe. Dabei erinnere ich mich mit Freude an die stets grosse Unterstützung der Stadt, sei diese nun finanzieller, aber auch ideeller Natur gewesen. Auch beim aktuellen Umstand, dass sich das KAFF innert Jahresfrist eine neue Bleibe zu suchen hat, konnte die jungen Wilden von der Zürcherstrasse 185 auf die Hilfe der Stadt zählen, wofür den zuständigen Stellen zu danken ist.

Politik dauert manchmal halt etwas länger. Jedenfalls ist die Beantwortung von Lisa Landerts Vorstoss mittlerweile von der Aktualität eingeholt worden. Meines Wissens ist man mit der Lokalität an der Rheinstrasse 14 auf gutem, aber freilich noch langem Wege. Aktuelle Informationen dazu sind auf dem Blog 'Kampf ums KAFF' zu finden, den man über www.kaff.ch erreicht. Ich bin überzeugt, dass dieser Kampf schon bald ohne Verletzte und mit einem guten Ende, sprich einer Vertragsunterzeichnung, ausgestanden ist. Dann sind die KAFF-Macherinnen und -Macher gefordert, die zweifellos wieder mit viel Herzblut und Enthusiasmus den mehr oder weniger grossen Umbau der Liegenschaft in Angriff nehmen werden.

Meine Damen und Herren, am besten unterstützen wir das KAFF, indem Sie zum Beispiel an Ihre Jugendjahre zurückdenken, sollte es wieder mal einen sogenannten Nutzungskonflikt im öffentlichen Raum geben. Der Abfall verschwindet mit Sicherheit bis zum nächsten Morgen. Und auf der Strasse fröhlich zu sein unter jungen Erwachsenen ist auch kein Verbrechen. Konkret können Sie natürlich auch Gönner im Rahmen der Aktion '100 x 500' werden oder Sie besuchen das

KAFF nächstens mal noch am alten Ort und genehmigen sich ein Erfrischungsgetränk. Zum Wohl."

Gemeinderat Thomas Gemperle: "Ich spreche für die Fraktion der FDP/SVP/EDU. Die Fraktion hat sich mit der Interpellation betreffend 'KAFF in der Innenstadt' beschäftigt. Unsere Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat das KAFF schätzt und daher auch stark unterstützt. Das wurde bereits in der Vergangenheit gemacht und wird auch in der Zukunft so fortgeführt. Das ist wichtig und richtig.

Uns scheint wichtig, dass auch eine grosse Eigenleistung von den KAFF-Betreibern selbst erbracht wird, insbesondere, weil die Stadt nur den Kultur-Betrieb unterstützt. Dass dieses Engagement gegeben ist, kann an verschiedenen Beispielen gezeigt werden. Wer gelegentlich in Kontakt mit den KAFF-Betreibern steht, weiss, welche Fronarbeit von diesen engagierten jungen Menschen geleistet wird. Dazu zählen auch die Standaktionen, kreativen Fundraising-Ideen oder der grosse Wille nach der Suche nach neuen Räumlichkeiten.

Natürlich haben wir auch über Lärmimmissionen gesprochen und da haben wir entsprechende Erwartungen an die neue Lokalität.

Wir haben festgestellt, dass wir mit der Antwort des Stadtrates nicht viel Neues erfahren haben. Wenn Sie einigermassen nah dran am Thema sind, kannten Sie die Antworten bereits oder hätten diese Informationen auch mit Gesprächen leicht erfahren können. War der Vorstoss unnötig? Aus diesem Blickwinkel sicher. Aber es ist auch eine Möglichkeit, nochmals aufzuzeigen, was die Stadt Frauenfeld alles für das KAFF leistet. Neben den budgetierten Steuergeldern sind die etlichen Arbeitsstunden des Stadtrates und verschiedener Stellen der Stadtverwaltung, auch bei der Unterstützung von Verhandlungen, eine starke Leistung der Stadt. In Anbetracht dessen denke ich nicht, dass hinter dieser Interpellation eine grössere Anspruchshaltung steckt, sondern es darum ging, in dieser Situation des KAFF-Umzugs von der Politik noch einmal ein Commitment zum KAFF zu erhalten, was die KAFF-Betreiber dank Ihrem Engagement auch verdienen.

Das KAFF ist ein Stück Frauenfeld, und ohne KAFF würde in Frauenfeld etwas fehlen. Dass Frauenfeld den Kulturbetrieb des KAFFs und die engagierte KAFF-Crew weiterhin unterstützen soll, ist unbestritten."

Gemeinderätin Sandra Kern: "Ich will auch nochmals vorweg nehmen, dass diese Interpellation keinesfalls zum Ziel hatte, mehr zu fordern, sondern in der Bevölkerung das Bewusstsein der Wichtigkeit und Notwendigkeit einer Institution wie dem KAFF zu fördern. Daher ist der Platz für eine Diskussion zu dieser Thematik meines Erachtens auch von grosser Bedeutung.

Ich will die Bedeutung des KAFFs für diese Stadt, welche über eine ausgewogene Freizeitgestaltung für verschiedene Generation hinausgeht, anhand eines Fallbeispiels erläutern, nämlich mir selber.

Nachdem ich die Matura abgeschlossen hatte, war mein erster Gedanke und mein erstes Ziel; Frauenfeld, dieses Kaff so schnell als möglich zu verlassen. Ich habe mich für ein Studium in Basel eingeschrieben und hatte eigentlich vor, alle Brücken hinter mir abbrechen. Bis das KAFF kam.

Dank dem KAFF habe ich Frauenfeld von einer anderen Perspektive kennen und vor allem lieben gelernt. Mir wurde Raum geboten, meine Ideen einzubringen, mich herauszufordern, auszuprobieren, mich zu verwirklichen. Aber vor allem, ich konnte mitwirken. Ich hatte das Gefühl, dass ich diese Stadt mitgestalten kann und ein Teil von ihr bin. Ich fühlte mich willkommen.

Dies hat hauptsächlich dazu beigetragen, dass ich mich mit dieser Stadt identifizieren kann, meine Zukunft hier plane und nun hier stehe und mich für sie einsetzen will.

Klar, ich bin ein einzelnes Beispiel von vielen. Aber auch für die anderen, die sich vielleicht nicht direkt selber einsetzen, steht das KAFF symbolisch für den Platz und den Raum, den eine Stadt einer Altersgruppe gewährt, die sonst einfach gerne abgeschoben und verdrängt wird. Die jungen Wilden, oder wie ich es ausdrücken würde, die jungen, energiegeladenen, mit wahnsinnig viel Potential. Die Generation von morgen. Diese angehenden Akademiker, Handwerker und andere, kreative, engagierte Leute, darf man heute nicht ignorieren, wenn man sie morgen noch braucht. Wenn ein Jugendlicher heute das Gefühl vermittelt bekommt, er habe keinen Platz in dieser Stadt, dann braucht man sich nicht zu wundern, dass er morgen genau aus dieser verschwindet. Es gilt auch bei dieser Thematik, nachhaltig zu denken. Dieses Bewusstsein wollte ich mit diesem kurzen Votum bestärken.

Das Bedürfnis, dass mit dem KAFF zu einem grossen Teil befriedigt wird, besteht schon immer, und wird auch immer bestehen - hier in Frauenfeld und überall. In Basel hätte ich mich sicherlich sehr gut auch irgendwie in einem solchen Bereich verwirklichen können, eine Stadt, in der solcher Raum fast schon übermässig geboten wird. Aber im Ernst, braucht es in Basel nochmals eine solche Person wie mich, die sich gerne engagieren will?

Ich habe es angepackt und stellte mich der Reibung, die ein solcher Einsatz in dieser Stadt mit sich brachte - für mich hat es sich gelohnt. Ich hoffe für Frauenfeld auch! Danke."

Nachdem die Diskussion seitens des Rates nicht mehr gewünscht wird, erteilt der **Ratspräsident** dem Stadtammann das Wort.

Stadtammann Carlo Parolari: "Ich danke Ihnen namens des Stadtrates für die heutige gute und angeregte Diskussion - für die Macher des KAFFs ein wichtiges Signal für die Unterstützung in der Öffentlichkeit. Liebe 'KAFFER', ich denke es ist ein ausgezeichnetes Signal von euch an den Gemeinderat und die Öffentlichkeit, dass ihr euer Anliegen so unter die Leute bringt. Danke für diesen gewaltigen Aufmarsch!

Es wurde gesagt, dass der Stadtrat von Anfang seit 2004 voll und ganz hinter der Idee des KAFFs steht. Zuerst war dies zusammen mit meinem Kollegen, dem ehemaligen Vizeammann Werner Dickenmann als 'Jugendminister' und mir als 'Kulturminister' der Fall. Wir haben uns für die Belange des KAFFs eingesetzt und diese Idee von Anfang an mit einem Businessplan und einer Standortsuche unterstützt.

Erinnern Sie sich noch, wo das erste KAFF ursprünglich hin sollte? Es war an der Rheinstrasse, eine Liegenschaft oberhalb im ehemaligen Kino PAX. Diese Lösung hat sich dann leider zerlegt. Es wurde die nächste Liegenschaft ins Auge gefasst, dass 'Buon Gustavo' bzw. das 'Schwarze Schäfli'.

Der Stadtrat ist wirklich sehr froh über das grosse Engagement des KAFFs - diese jugendlichen Betreiber, die Jugendkultur in unsere Stadt bringen. Wir anerkennen, dass sich das KAFF längst überregional, ja sogar national einen ausgezeichneten Namen als Kulturanbieter gemacht hat. Es ist, wie Gemeinderat Heinrich Christ gesagt hat, durchaus ein Standortfaktor unserer Stadt geworden. Es werden zahlreiche Konzerte, Partys, Poetryslams, Karaokeabende oder auch Handpuppentheater veranstaltet.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass sich in früheren Link-Umfragen jeweils als einer der am schlechtesten bewerteten Punkte das mangelnde Angebot an Ausgehmöglichkeiten bei Kulturangeboten für Jugendliche herauskristallisiert hat. Hier hat das KAFF diese Lücke hervorragend geschlossen.

Das KAFF bietet ein kulturelles Angebot in Frauenfeld, vor allem für ein jugendliches Publikum an, das den Stadtrat freut und welches er in der Stadt Frauenfeld nicht missen möchte.

Aus den genannten Gründen waren die Beziehungen zu den Verantwortlichen des KAFFs von Anfang an offen, von gegenseitigem Vertrauen geprägt und konstruktiv. Zuerst war dies mit Robin Kurzbein, Karin Herzog, Noam Szyfer und jetzt mit der aktuellen Präsidentin Nora Beck der Fall. Natürlich gab es zwischendurch auch einmal harte und ernste Gespräche zu den Themen Lärm oder Littering. Aber wir sind miteinander an den Tisch gesessen und haben das Problem gelöst. Es wurde ein Verhaltenskodex, ein Betriebsreglement, erstellt und die Sache war wieder im Lot.

Wir haben Ihnen in der Interpellationsbeantwortung ausführlich beschrieben, wie wir den Vorstand des KAFFs bei der Suche nach einer neuen Lokalität unterstützt haben. Ich wiederhole dies nicht. Leider wurde ein gutes Objekt unmittelbar vor der Nase weggeschnappt. Ein anderes erwies sich für die Betreiber des KAFFs unternehmerisch als eine Nummer zu gross und andere eigneten sich wiederum nicht. Wir waren stets in engem Kontakt mit den Verantwortlichen bei der Suche nach einem Ersatz.

Auch beim jetzt konkreten Projekt an der Rheinstrasse 14 fanden diverse Besprechungen intern mit meinen Fachleuten, aber auch den KAFF-Betreibern statt. Ich kann Ihnen bestätigen, was Gemeinderat Mathias Frei gesagt hat. Mein Stand aus baurechtlicher und auch aus gastronomierechtlicher Sicht ist, dass das Projekt unter gewissen Auflagen realisierbar ist. Es braucht gewisse Investitionen, vor allem in den Bereichen Fluchtwege und Lüftungsanlage. Das ist aber machbar. Hier ist nun, dass wurde auch schon gesagt, die Kreativität und der Einsatz der KAFF-Mitglieder gefragt, um die Finanzierung zu sichern. Es wurde bereits ein Suppentag organisiert. Es liegt ein Flyer herum, den ich Ihnen empfehlen möchte. Es sind weitere Aktionen geplant. Da seid Ihr auf der Empore also gefragt!

Der Stadtrat wird innerhalb des gesetzlichen Rahmens weiterhin sehr gerne beratend unterstützen, damit eine Fortsetzung der Erfolgsstory KAFF am neuen Standort möglich wird. Falls dies nicht gelingen sollte, wäre dies ein grosser Verlust für die Stadt Frauenfeld. Ich möchte mich noch einmal ganz herzlich bei den Betreibern des KAFFs bedanken. Wir glauben daran, dass eine Fortsetzung des KAFF-Betriebs möglich ist. Nun liegt es an Ihnen, das zu verwirklichen! Besten Dank."

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Besten Dank für die Ausführungen. Auch ich bedanke mich bei Ihnen auf der Empore für Ihr Engagement und wünsche Ihnen für die Standortssuche viel Erfolg, der offenbar in Griffnähe zu liegen scheint."

84

BAUKREDIT FÜR DEN UMBAU DER LIEGENSCHAFT RHEINSTRASSE 8, NEUNUTZUNG DURCH SOZIALE DIENSTE

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

(Botschaft Nr. 17 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 27. November 2012 mit Anhang I detaillierter Kostenvoranschlag und Anhang II Plankopien mit verschiedenen Ansichten)

Eintreten

Gemeinderat Jürg Joss, Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "Bevor ich mich zum Eintreten auf die Botschaft Nr. 17 äussere, möchte ich den Rat über einen Beschluss unserer GPK an der Sitzung vom 10. Dezember 2012 informieren. Ab Budget 2014 sollen alle Gemeinderatsmitglieder die im Budgetordner, Register 4, enthaltene Übersicht mit Plänen der Investitionen der Verwaltungsabteilung Tiefbau erhalten - dies als Konsequenz aus den Diskussionen anlässlich der letzten Budgetdebatte. Bisher erhielten nur die Mitglieder der GPK Bau, Werke, Umwelt diese Unterlagen. Der an der Sitzung vom 10. Dezember 2012 anwesende Finanzchef Ruedi Studer nahm diese Neuerung zuhänden seines Nachfolgers entgegen.

Nun aber zum *Eintreten* auf das eigentliche Geschäft, den Baukredit für den Umbau der Liegenschaft Rheinstrasse 8, Neunutzung durch die sozialen Dienste.

An der GPK Sitzung vom 10. Dezember 2012, welche im Sitzungszimmer der Rheinstrasse 8 stattfand, nahmen auch Frau Vizeammann Christa Thorner, der für den Umbau zuständige Architekt, Roland Grandits, sowie der scheidende Finanzchef, Ruedi Studer, teil.

Frau Vizeammann Christa Thorner gab eine Einführung zur bisherigen und zukünftigen Nutzung der Liegenschaft, während Roland Grandits über die baulichen Aspekte des Projekts informierte. Bisher bietet das Gebäude neben einem kleinen Ladenlokal Raum für vier Mitarbeitende des Vormundschaftssekretariates. Dazu kommt ein Dachgeschoss, welches als Sitzungsraum und Raum zum Aktenstudium genutzt wird. Es eignet sich wegen der schlechten Lichtverhältnisse momentan nicht als Büroraum.

Im Zusammenhang mit der Neuordnung des Kinder- und Erwachsenenschutzes und den damit verbundenen Aufgaben - der Gemeinderat hat eine Stellenerweiterung im Voranschlag 2013 gutgeheissen - soll die Rheinstrasse 8 ab Sommer 2013 Platz für neun Mitarbeitende der sozia-

len Dienste bieten. Damit sollen insbesondere auch die beengten Verhältnisse in der Nachbarliegenschaft Rheinstrasse 6 entlastet werden.

Renovation und Umbau der Rheinstrasse 8 sind auch dadurch gegeben, dass die Liegenschaft im Jahre 2010 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen der Stadt überführt und so den sozialen Diensten zur Nutzung überlassen wurden.

Auf den ersten Blick erscheint der Baukredit - immerhin eine Summe von 640'000 Franken - hoch. Dies hat verschiedene Gründe:

- Das Haus Rheinstrasse 8 wurde vom Denkmalschutz als 'wertvoll' eingestuft und es ist mit Auflagen des Denkmalschutzes zu rechnen.
- Der Umbau sieht zwei Schwerpunkte vor. Erstens der Eingangsbereich, wo besondere Aufmerksamkeit dem Sicherheitsaspekt gewidmet wird. Dies ist nötig, weil sich in letzter Zeit einige recht kritische Situationen für das Personal ergaben.
- Zweitens das Dachgeschoss, wo die Umnutzung zu Büros Verbesserungen der Lichtverhältnisse und Vergrößerungen der Raumhöhen erfordern. Das Entfernen der Gipsdecken, der Ersatz von alten, brennbaren Materialien sowie der ungenügenden Isolation sind Kostenfaktoren.
- Im Weiteren soll die ehemalige Küche in ein zusätzliches kleines Büro umfunktioniert werden.

Verzichtet wird beim Projekt auf den Minergiestandard, da dieser weit grössere Umbauten nach sich gezogen hätte, so die Gesamtrenovation der Fassade und den Einbezug der Wärmeenergieerzeugung. Dies hätte auch die Bauzeit verlängert. Trotzdem werden mit der neuen Wärmedämmung gute Werte erreicht.

Nach den Ausführungen von Architekt Grandits und Frau Vizeammann Christa Thorner wurden wir auf eine Besichtigung des Renovationsobjekts mitgenommen und nach weiteren ausführlichen Informationen war in der GPK das Eintreten unbestritten."

Gemeinderätin Eveline Buff: "Ich spreche im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP, wir sind einstimmig für Eintreten."

Gemeinderat Pascal Frey: "Eine Botschaft, die dank der neuen Gemeindeordnung in unserem Rat auftaucht. Früher hätten wir ein Geschäft in derselben Grösse im Budget abgesegnet. Wir finden es aber sehr interessant, diese Botschaft umzusetzen und zu erkennen, wie viele Seiten hier abgedeckt werden müssen, seien es der denkmalpflegerische Anspruch, die Wärmedämmung, die Arbeitsplatzsicherheit oder auch der Arbeitskomfort.

Die Fraktion SP/GWB/Juso findet den Um- und Ausbau gut. Uns sind unter anderem die relativ hohen Kosten für die Sicherheitsanlagen aufgefallen. Wir finden es aber absolut korrekt, dass für die Sicherheit der Angestellten gut gesorgt wird.

Schön wäre es gewesen, wenn die Heizung etwas später hätte ersetzt werden müssen und so Alternativen geprüft und mit dem Umbau hätten verwirklicht werden können.

Wir hoffen aber, dass der sinnvolle Umbau rasch vonstatten gehen kann und so die doch eher beengte Bürosituation bei den sozialen Diensten entlastet wird."

Gemeinderat Christian Wälchli: "Ich spreche im Namen der CVP/EVP-Fraktion. Diese ist einstimmig für Eintreten. Besten Dank."

Gemeinderat Urs Herzog: "Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU. Wir sind ebenfalls einstimmig für Eintreten."

Das Wort zum Eintreten wird nicht mehr gewünscht. Der **Ratspräsident** stellt aufgrund der gefallenen Voten fest, dass Eintreten unbestritten und somit stillschweigend genehmigt ist.

Materielle Beratung

Gemeinderat Jürg Joss, Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "Nach den ausführlichen Informationen durch Frau Vizeamann Christa Thorner und Architekt Grandits sowie der Führung durch das Objekt Rheinstrasse 8 widmete sich die GPK hier vor allem den Kosten, bzw. dem Kosten-Nutzen-Verhältnis.

Es wurde festgestellt, dass das Renovationsvorhaben sich vorwiegend an der Funktionalität und an den kurzfristigen Bedürfnissen der Nutzer orientiert. Es werden keine teuren, nicht zwingend notwendigen Umbauten vorgenommen oder Einrichtungen erstellt. Es wird auch nicht 'auf Vorrat' gebaut, das heisst für eventuell irgendwann einmal anfallende zukünftige Bedürfnisse der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde. Die GPK erachtet dies als sinnvoll und richtig.

Die Gesamtkosten erscheinen realistisch; es können keine Positionen als Luxus bezeichnet werden. Insbesondere die starke Beachtung des Sicherheitsaspekts für die Angestellten wird als sehr positiv beurteilt.

Architekt Grandits hat eine realistische Zahl ermittelt. Es können bei derartigen Umbauten jedoch Überraschungen auftauchen, namentlich bei Dachsanierungen, wo Mängel oft erst auftauchen, wenn Decken und Dach entfernt, bzw. abgedeckt wurden. Trotzdem, man ist sich dieser Risiken bewusst und hat diese bereits in die übrigen Überlegungen miteinbezogen. Dies ist richtig so.

Zusammenfassend: Der Umbau der Liegenschaft Rheinstrasse 8 ist notwendig. Spezielle Beachtung erhalten Sicherheit und Funktionalität. Es wird für die heutigen Bedürfnisse gebaut, nicht auf Vorrat. Ein gutes Kosten-Nutzen Verhältnis wird angestrebt.

Angesichts dieser Punkte empfiehlt die GPK Bau, Werke, Umwelt die Anträge 1 und 2 auf Seite 6 der Botschaft einstimmig zur Annahme."

Gemeinderätin Eveline Buff: "Obwohl heute, wie ich im Radio gehört habe, der 'Tag des Nichtstun' ist, halte ich trotzdem mein Votum im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP.

Die Liegenschaft kam 2010 ins Verwaltungsvermögen für den Eigengebrauch der Stadt. Durch die Neuorganisation der Amtsvormundschaften zur sogenannten KESB (Kindes- und Erwachsenenschutz-Behörde) wird ein Ausbau nötig. Zum einen müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, ebenso braucht es diverse Umbauten für die spätere Nutzung.

In der heutigen Zeit muss aber auch der Sicherheit mehr Rechnung getragen werden, gerade bei Ämtern mit Kunden, welche oft unter hohem emotionalem Druck stehen.

Dass das Haus unter Denkmalschutz steht, verbilligt das Projekt natürlich auch nicht. Wie immer sollte sorgfältig abgeklärt werden, was nötig und was wünschbar ist!

Die Aufgaben der Vormundschaftsbehörde sind in den letzten Jahren nicht weniger geworden und werden vermutlich auch nicht weniger werden. Damit eine qualitative Arbeit geleistet werden kann, sind die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

Deshalb ist das Projekt in unserer Fraktion unbestritten.

Trotzdem stellten sich uns einige Fragen zur Botschaft:

- Welche Vergabepaxis besteht bezüglich Architekt/Baufirma/etc.? Besteht ein Grundkonzept, wie bei öffentlichen Bauten/Umbauten vorgegangen wird?
- Wie ist die Zuständigkeit bei Bauten geregelt? Weshalb wird was welcher GPK zugeordnet?
- Wir fragen uns, weshalb die Federführung bei grösseren Umbauten und Bauten nicht grundsätzlich beim Hochbauamt liegt?
- Last but not least - und für unsere Fraktion von grosser Bedeutung - vermissen wir einmal mehr die energetische Bauabklärung: Weshalb wurde nicht in Betracht gezogen, Solaranlagen im Dach zu integrieren? Im Gegenzug sind Dachfenster in einem denkmalgeschützten Haus scheinbar akzeptabel?

Trotzdem dankt die Fraktion der zuständigen GPK für ihre gute Arbeit und befürwortet einstimmig die Botschaft."

Gemeinderat Urs Herzog: "Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU. Wir haben die Botschaft Nr. 17 durchbesprochen und sehen für die Renovation der Liegenschaft Rheinstrasse 8 alleine keinen Grund dagegen zu sein.

Wenn wir aber die gesamte Front der Häuserzeile an der Rheinstrasse betrachten, fällt auf, dass die Rheinstrasse 8 als kleinstes Haus und nicht zusammengebaut in Erscheinung tritt, so wie ein

Kind das noch nicht erwachsen ist und mit einer Zahnlücke da steht. 'Der Vatikan' - für nicht Insider ist das die Rheinstrasse 10 - links nebenan ist mit seiner Grösse sehr dominant.

Wir haben ja am 17. Juni 2012 das neue kantonale Baugesetz angenommen, das seit dem 1. Januar 2013 in Kraft ist. In diesem wird darauf hingewiesen, dass der haushälterische Umgang mit dem Boden und eine Nachverdichtung durch höhere Bauten mit besserer Ausnützung erleichtert und angestrebt werden soll.

Widerwillig haben wir davon Kenntnis genommen, dass die Denkmalpflege dieses Haus als 'wertvoll' eingestuft hat und dadurch eine äusserliche Anpassung dieser Häuserzeile praktisch verunmöglicht hat. Dabei wäre gerade bei diesem Haus eine Anpassung in der Breite und in der Höhe optisch problemlos möglich gewesen. Die Gesamtbetrachtung des Fassadenzuges entlang der Rheinstrasse hätte durch diese Verbesserung überhaupt nicht gelitten. Mit einem möglichen Zusammenbau der städtischen Liegenschaften Rheinstrasse 6 und 8 müssten von jedem Haus je ein Viertel der bestehenden Aussenwände weniger beheizt werden. Wollen wir eigentlich nicht in Zukunft Energie sparen? Mit diesem Umbau wird für die nächsten Jahre diese Möglichkeit einer sinnvollen Erweiterung und Optimierung verunmöglicht, was wir ausserordentlich bedauern.

Im Kostenvoranschlag wurde die hohe Honorarsumme von 16% der Bausumme angesprochen und kurz diskutiert. Bei Umbauten ist der Aufwand für die Planung und Baubegleitung relativ aufwändig. Zusammenfassend hätten wir uns eine verdichtete Planung im obigen Sinn gewünscht, wie es das neue Baugesetz auch vorgibt.

Leider müssen wir in den sauren Apfel beißen, da die Auflage der Denkmalpflege im Wege steht. Eine Neubaute an dieser Lage in dieser kleinen Grösse würde nie und nimmer bewilligt.

In der Schlussabstimmung haben wir den Anträgen mit 15-Ja Stimmen zugestimmt, bei 2 Enthaltungen."

Gemeinderat Christian Wälchli: "Ich spreche im Namen der CVP/EVP-Fraktion. Unsere Fraktion erachtet den Baukredit als notwendig. Das vorliegende Projekt ist gut und umsichtig ausgearbeitet worden. Die Kosten für den Umbau der Liegenschaft Rheinstrasse 8 sehen wir als nicht überrissen und vernünftig an.

Durch den Umbau der Liegenschaft entstehen Büroräumlichkeiten, welche die notwendige Funktionalität gewährleisten. Es werden keine Luxusarbeitsplätze geschaffen. Zudem wird ebenfalls dem Sicherheitsaspekt die notwendige Beachtung geschenkt.

Die CVP/EVP-Fraktion wird der Vorlage zustimmen. Besten Dank."

Gemeinderat Christian Schmid: "Ich spreche im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP. Es geht hier nicht direkt um diese Botschaft, sondern um die Bemerkung des GPK-Sprechers betreffend dem Beschluss der GPK und dem Stadtrat, dass im Budget 2014 nun für alle Gemeinderäte die gesamten Pläne der Abteilung Tiefbau beigelegt werden sollen. Wir erachten dies als übertrieben und fordern darum den Stadtrat und die GPK auf, nochmals zu überdenken, ob man diese Unterlagen wirklich jedem Ratsmitglied beilegen will. Man kann heute schon diese Pläne beim Tiefbauamt einsehen, wenn man einzelne Projekte genauer anschauen will. Dazu kommt, dass

alle Fraktionen in der GPK Bau, Werke, Umwelt vertreten sind und diese betreffenden Kommissionsmitglieder verfügen über die entsprechenden Unterlagen. Man kann diese also dort auch ausleihen oder anschauen.

Hinter dem Aufwand, um diese doch grosse Anzahl von Plänen in verschiedenen Formaten in Farbdruck etc. herzustellen, steckt auch Manpower, was schlussendlich wiederum Kosten verursacht. Ich möchte doch bitten, hier etwas zu sparen, indem wir uns einfach etwas besser organisieren, anstatt das jedes Ratsmitglied noch einmal einen zusätzlichen Stapel an Unterlagen erhält. Besten Dank."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass die Diskussion zur materiellen Beratung erschöpft ist. Somit erteilt er Frau Vizeammann Christa Thorner das Wort.

Frau Vizeammann Christa Thorner: "Ich danke Ihnen für die Diskussion und die wohlwollende Aufnahme dieses Kreditbegehrens. Ich möchte an dieser Stelle auch auf die produktive Arbeit mit der GPK vor Ort an jenem Abend hinweisen. Es ist für mich an dieser Stelle auch eine Gelegenheit, für das Wohlwollen zu danken, das Sie der Arbeit unserer Berufsbeistandschaft gegenüber ins Feld führen, auch in den Kommentaren.

Berufsbeistandschaft - und das ist jetzt ein sperriger Begriff - stellt in Zukunft den Bereich unserer Abteilung Soziales dar, der die Mandate der vormundschaftlichen Massnahmen umsetzt.

Ich möchte die Gelegenheit auch noch nutzen, Ihnen mitzuteilen, dass das Gebäude Rheinstrasse 8 im Moment geräumt ist. Wir haben Ende Dezember 2012 insgesamt 1'034 Dossiers aus diesem 'Häuschen' unter Mithilfe des Werkhofpersonals hinausgeschafft und in die Schönenhofstrasse 19 verschoben. An der Schönenhofstrasse befindet sich heute nun die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Die Vormundschaftsbehörde (VB) hat ihren Dienst getan, die VB konnte gehen. Geblieben ist uns die Arbeit, nämlich diejenige der Massnahmen. Die Entscheide finden nicht mehr auf unserer Ebene statt, aber - und das ist die Zukunft, die in diesem Haus stattfindet - es werden insgesamt aktuell 300 Mandate von Beistandschaften und anderen vormundschaftlichen Massnahmen ausgeübt. Familien, Alleinstehende, betagte Menschen werden begleitet und entsprechend den Entscheiden, die in der KESB seit dem 1. Januar 2013 gefällt werden, unterstützt.

Wir werden in diesem Haus - und das haben Sie in Ihren Voten richtigerweise festgestellt - funktionale Arbeitsplätze für diese neun Mitarbeitenden vorfinden. Es werden auch die 50 privaten Mandatsträgerinnen und -träger ein- und ausgehen. Dabei handelt es sich um ehrenamtlich tätige Personen aus Frauenfeld, die zusätzlich etwa 75 Mandate führen und Menschen begleiten. In dieser Liegenschaft werden diese Beistandschaften geführt werden, aber die Arbeit wird vor Ort, vor allem in der Stadt bei den Menschen, die diese Unterstützung brauchen, stattfinden. Trotzdem ist es wichtig, dass wir diese Räumlichkeiten funktional gestalten und dafür haben Sie mit Ihren positiven Voten die Grundlagen gelegt.

Es ist aber auch so - und dies haben Sie festgestellt -, dass Sicherheitsmassnahmen nötig und somit zu planen sowie umzusetzen sind. Es verhält sich so, dass sich unsere Aufgabenbereiche in einem Spannungsfeld zwischen Hilfe einerseits und Kontrolle andererseits bewegen. Es sind oft Massnahmen mit Zwangscharakter. Es handelt sich dabei um Massnahmen, die oft nicht allen Erwartungen entsprechen können, beispielsweise in hochstrittigen Angelegenheiten wie Be-

suchsrechtsregelungen, bei denen es nur Verlierer geben kann. Darum ist es wichtig, dass in unseren Räumlichkeiten auch entsprechend für solche hochstrittigen Zusammenstösse vorgesorgt wird, wie wir dies in den vergangenen Monaten und kürzlich gerade wieder erfahren mussten. Diese Schutzmassnahmen kosten und das haben Sie der Kostenzusammenstellung entnehmen können. Diese Schutzmassnahmen sind nicht unbedingt einfach in den beruflichen Alltag zu integrieren. Umso mehr freut es mich, dass wir mit dem vorliegenden Plan und Projekt eine Lösung gefunden haben, die diesem Aspekt Rechnung trägt.

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zu Fragen, die Sie gestellt haben, anbringen. Es ist so, dass die Heizung eben leider zu früh ausgestiegen ist. Wir hätten vier bis fünf Monate bis Ende Dezember frieren müssen, wenn die Heizung nicht repariert worden wäre. Es ist natürlich so, dass die energetischen Diskussionen geführt und von Anfang an mit dem Hochbauamt auch begleitet worden sind. Gemeinderätin Eveline Buff, Sie haben es erwähnt. Es ist so, dass das Hochbauamt dieses Projekt von Anbeginn an begleitet hat. Ich vertrete dieses Geschäft als Bestellerin der Leistung. Das Hochbauamt war von Anfang mit dabei und hat auch in einem ersten Augenschein mögliche Energieoptimierungsmassnahmen geprüft, aber diese dann als unverhältnismässig von der Kosten-/Nutzenanalyse her verworfen.

Es ist im Weiteren die Frage wegen der Vergabep Praxis aufgetaucht. Ich kann das grundsätzlich beantworten. Bei diesem Beispiel ist es naheliegend gewesen, dass der bisherige Architekt, der bereits die sanften Renovierungen 1999/2000 geleitet hat und somit Kenntnisse über die entsprechenden Vorarbeiten hatte und auch über die Pläne verfügte, logischerweise zu dieser Offertstellung eingeladen worden ist.

Wir haben Ihnen diese Vorlage in einem schnellen Tempo unterbreitet. Sie haben die Vorlage sehr rasch behandelt. Ich möchte mich daher ganz herzlich bei Ihnen bedanken, insbesondere auch bei der zuständigen GPK, die im dichten Dezember-Terminkalender noch einen Sitzungstermin gefunden hat und den Satz, dass die 'Demokratie die Staatsform der Geduld ist', Lügen gestraft hat. Ich danke Ihnen für diese wohlwollende Aufnahme."

Der **Ratspräsident** lässt über die beiden Anträge auf Seite 6 der Botschaft Nr. 17 einzeln abstimmen.

Abstimmung Antrag 1: Diesem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

Abstimmung Antrag 2: Auch der stadträtliche Antrag 2 erfährt einstimmige Zustimmung.

Der Gemeinderat beschliesst:

1. Das Bauprojekt "Umbau Rheinstrasse 8" wird bewilligt.
2. Der Kredit von 640'000 Franken (inkl. MWSt) für die Baukosten wird zulasten Konto 3065.50301 freigegeben.

85

EINFACHE ANFRAGE BETREFFEND "STELLENPLAFONIERUNG BEI DER STADT UND OPTIMIERUNG DER VERWALTUNGSORGANISATION" VON GEMEINDERAT FREDI MARTY

Nachstehend zu Protokoll der Text der von Gemeinderat Fredi Marty eingereichten Einfachen Anfrage mit dem Titel "Stellenplafonierung bei der Stadt und Optimierung der Verwaltungsorganisation":

Als Carlo Parolari per 1. April 2005 das Stadtammannamt von seinem Vorgänger Hans Bachofner übernahm, wies der Stellenbestand der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe Ende Jahr 296,75 besetzte Stellen aus. Am 31. Dezember 2011 betrug der Bestand gemäss Geschäftsbericht 317,25 besetzte Vollzeitstellen, wobei festzuhalten ist, dass vor allem die Eröffnung der Parksiedlung Talacker für einen markanten Zuwachs beim Personalbestand sorgte.

Auffallend ist die Stellenzunahme in der Abteilung Zentralverwaltung und Finanzen seit dem Jahr 2009 von 51,75 auf 56,5 Stellen per Ende 2011. In den Jahren 2005 bis 2009 bewegte sich der Stellenbestand in dieser Abteilung auf einem relativ konstanten Niveau mit einem Minimum von 49 Stellen Ende 2007.

Der Gemeinderat stimmte mit dem Voranschlag 2013 der Erweiterung von zwei neuen Stellen zu, die der Stadtrat für das per 1. September 2011 geschaffene Personalamt beantragte. Als Grund gab der Stadtrat an, eine grosse Anzahl von neuen Projekten und der laufende Arbeitsanfall seien zu bewältigen. Die Kosten für die neue Stelle "Bereichsverantwortliche AZP" werden vom Alterszentrum Park übernommen.

Zudem darf ich Sie daran erinnern, dass aus dem seinerzeitigen Präsidialamt das Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung sowie die Dienststelle Kulturförderung hervorgegangen sind. Ich befürchte, dass der Stadtrat mit dem Segen des Gemeinderates den Stellenplan in den vergangenen Jahren nicht nur in der Abteilung Zentralverwaltung und Finanzen unnötigerweise und zu grosszügig erweitert hat.

Deshalb bitte ich den Stadtrat, die drei folgenden Fragen zu beantworten:

1. *Teilt der Stadtrat meine Meinung, dass es jetzt an der Zeit ist, den Personalaufwand bei der Stadtverwaltung und ihren Betrieben zu begrenzen und mit dem Voranschlag für das Jahr 2014 eine "Stellenplafonierung" vorzusehen, wie dies in den 90er- und frühen 2000er-Jahren der Fall war?*
2. *Der Stadtrat möchte gemäss Leitziel 3.3 seiner Legislatorschwerpunkte 2011 bis 2015 die Verwaltungsorganisation hinsichtlich Kosten und Nutzen optimieren. Gibt es diesbezüglich einen konkreten Zeitplan samt Massnahmenkatalog*
3. *Ist der Stadtrat bereit, sich an der kantonalen Verwaltung ein Beispiel zu nehmen? Dort muss der Regierungsrat im Auftrag des Grossen Rates (Sitzung vom 9. Januar 2013) den Leistungskatalog der Verwaltung überprüfen, um Einsparmöglichkeiten zu finden und allfällige Leerläufe in den Ämtern zu beheben.*

Ich bedanke mich beim Stadtrat für die Beantwortung meiner Fragen.

86

EINFACHE ANFRAGE BETREFFEND "KOMMUNIKATION UND INFORMATION STADTENTWICKLUNG" VON GEMEINDERAT FREDI MARTY

Eine zweite Einfache Anfrage von Gemeinderat Fredi Marty wurde an der heutigen Sitzung mit dem Titel "Kommunikation und Information Stadtentwicklung" mit folgendem Inhalt eingereicht:

Im Voranschlag für das Jahr 2013 der Abteilung Zentralverwaltung und Finanzen sind im Aufwandkonto 1410.31805 "Stadtentwicklung: Kommunikation und Information" 200'000 Franken budgetiert. Der Stadtrat begründet in seinen Erläuterungen den Finanzbedarf damit, dass die Stadt Frauenfeld "vor grösseren Planungen und Realisierungen in der Stadtentwicklung" stehe und verweist auf die Entwicklung der Grundstücke armasuisse (Kaserne, Unteres Mätteli, Zeughausareal). Weitere Stichwörter sind: Stadtentlastung, Aufwertung Innenstadt, Bahnhofareal und Frauenfeld Langdorf. Die Stadt fördere die Kommunikation und Information mit allen Beteiligten. Die Organisation und Kommunikation Stadtentwicklung werde aufgebaut und professionell begleitet.

Diese vage formulierten und wenig konkreten Erläuterungen überzeugten mich nicht. Ich sah hier eine gute Möglichkeit zum Sparen und beantragte dem Gemeinderat, für diesen Budgetposten nur 50'000 Franken zu bewilligen. Der Gemeinderat folgte jedoch dem Stadtrat und stimmte den budgetierten 200'000 Franken zu.

Gerne lasse ich mich vom Stadtrat eines Besseren belehren, wenn er mir die folgenden Fragen schlüssig und nachvollziehbar beantworten kann:

1. *Kann der Stadtrat ein Informationskonzept oder einen Kommunikationsplan vorlegen, woraus hervorgeht, dass der Aufwand von 200'000 Franken gerechtfertigt ist?*
2. *Wie dürfen wir uns die "Förderung der Kommunikation mit allen Beteiligten" vorstellen?*
3. *Welche Rolle spielt im Kommunikationsbereich der Leiter der drei Schlüsselprojekte (Bahnhof Plus, Aufwertung Innenstadt, Stadtentlastung vom Durchgangsverkehr), Thomas Kieliger vom Planungsbüro Kieliger/Gregorini AG in Wollerau SZ? Wie viel kosten die Arbeiten des Gesamtprojektleiters und wo werden diese Aufwendungen verbucht?*
4. *Sind bereits Aufträge an PR-Spezialisten und Kommunikationsbüros erteilt worden oder konkret vorgesehen? Kommen für "die professionelle Begleitung" der Kommunikation in Frauenfeld ansässige oder auswärtige Agenturen zum Zug? Zu welchen Stunden- oder Tagesansätzen? Sind "Kostendächer" vorgesehen?*
5. *Wann findet die erste Medienorientierung im Jahr 2013 statt?*
6. *Wie sieht der Stadtrat die Beteiligung des Leiters Informationsdienst bei der Kommunikation all dieser "Planungen und Realisierungen in der Stadtentwicklung"?*

Ich bedanke mich beim Stadtrat für die Beantwortung meiner Fragen.

87

EINFACHE ANFRAGE BETREFFEND "PERIMETERORDNUNG" VON GEMEINDERAT URS HERZOG

Gemeinderat Urs Herzog hat an der heutigen Sitzung eine Einfache Anfrage betitelt mit "Perimeterordnung" mit folgendem Inhalt eingereicht:

Bei der ersten Planaufgabe "Neuhauserstrasse" anfangs 2012 fehlte der Perimeterplan mit Kostenverteiler für das geplante 1.50 m breite zusätzliche Trottoir. Gemäss Perimeterordnung der Stadt Frauenfeld werden die Kosten für den Bau eines Trottoirs, auch nachträglich erstellte, zum Teil den Anstössern in Rechnung gestellt.

Eine Verrechnung lohne sich nicht, Aufwand und Ertrag seien nicht gegeben, hiess es damals seitens des Tiefbauamtes.

Bei der Neuauflage Ende 2012, mit einer Trottoirbreite von noch 1,20 m, wurde auch ein Perimeterplan aufgelegt. Offenbar lohnt es sich bei einem schmaleren Trottoir die Anstösser an den Kosten zu beteiligen.

Im oberen Abschnitt der Speicherstrasse wurde bei den Erneuerungsarbeiten auch ein schmaler Trottoirbereich von der Fahrbahn abgetrennt.

Dazu habe ich folgende Frage:

Wie wurden dabei die Kosten für den Trottoirneubau aufgeteilt? Mussten sich auch die Anstösser gemäss Perimeterordnung an den Kosten beteiligen?

Ich bedanke mich beim Stadtrat für die Beantwortung meiner Frage.

Die drei vorerwähnten Einfachen Anfragen werden dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

- - -

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Somit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich bedanke mich für Ihre Mitarbeit wie auch für den winterlichen Blumenschmuck der Stadtgärtnerei. Für den Ratsbetrieb erwarte ich Sie wieder am 27. Februar 2013 um 18.00 Uhr hier im Bürgersaal. Ich wünsche allen einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen."

- - -

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr

* * *